

## Buchbesprechung von Werner Onken

Thilo Sarrazin

### **Wir brauchen den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat**

München: Deutsche Verlagsanstalt, 2012. 461 Seiten.

Vor zwei Jahren heizte Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ die Integrationsdebatte mit fragwürdigen Thesen auf. Dabei unterließ er es, zwei wichtige Sachverhalte mit zu bedenken: Erstens haben sich Europäer während der 500 Jahre dauernden Kolonialzeit bei ihrer ‚Zuwanderung‘ in andere Kontinente keineswegs so in die dortigen Gesellschaften integriert, wie sie es heute von Menschen erwarten, die nach Deutschland bzw. in die „Festung Europa“ einwandern. Das soll nicht ungelöste Probleme bei der Integration relativieren, aber Mahnung sein, hierbei nicht von oben herab mit zweierlei Maß zu messen. Zweitens haben wirtschaftliche Not und religiöse oder politische Verfolgung in der Geschichte immer wieder größere Migrationen ausgelöst. Während des Wirtschaftswunders der 1960er Jahre war es das Interesse des Kapitals an billigen Arbeitskräften, das Menschen aus der südlichen Peripherie Europas nach Deutschland lockte. Wirtschaftliche Notlagen, Verfolgung und Kapitalinteressen lösten und lösen Wanderungsbewegungen aus, deren menschliche und finanzielle Langzeitfolgen den Gesellschaften überlassen werden.

Diese Wurzeln der Integrationsproblematik hatten Sarrazin und seine Sympathisanten bei ihrer Stimmungsmache gegen Zuwanderer ausgeblendet. Stattdessen ‚argumentierten‘ sie mit angeblich genetisch bedingten Wesensunterschieden zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen. Auch in seinem neuen Buch kehren diese abstrusen Denkmuster wieder. „Anthropologische Konstanten“ seien der Grund für nicht auf einen Nenner zu bringende Unterschiede zwischen europäischen Nord- und Südländern. Im Süden sei die „intrinsic Neigung zum soliden Wirtschaften geringer ausgeprägt als in den Gesellschaften der Nordländer. ... Im Durchschnitt kann man sagen, dass finanzielle Solidität in Europa traditionell umso ausgeprägter war und ist, je sonnenärmer das Klima ist und je länger und dunkler die Winter.“ (287,293-294, 322) Nach dieser Logik hätten in der Antike die alten Germanen und nicht die alten Griechen und Römer Hochkulturen hervorbringen müssen. Und das ökonomische Gefälle innerhalb des modernen Europa könnte eher damit zu tun haben, dass die ursprüngliche Akkumulation und die fortgesetzte Konzentration von Geld- und Realkapital im angelsächsischen Nordwesten Europas begannen und sich dann schrittweise über Frankreich und Deutschland auch auf den Südwesten, Süden und Südosten Europas ausbreiteten – wo sich Spätfeudalismus und Diktaturen am längsten gehalten haben – , bevor sie sich in kolonialisierten Überseegebieten fortsetzten.

Solche historischen Zusammenhänge kommen jedoch in Sarrazins neuem Buch nicht vor, obwohl er versucht, seine Kritik am Euro mit Rückblicken auf die Geschichte Europas und die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu untermauern. Ohne Kenntnis des 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods leider nicht angenommenen Plans von Keynes, alle Länder der Erde in ökonomischer Hinsicht auf eine gleiche Augenhöhe zu bringen und die Weltwirtschaft mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes „Bancor“ in einem Gleichgewicht zu stabilisieren, nimmt Sarrazin das stattdessen in Bretton Woods beschlossene System mit dem US-Dollar als Leitwährung, mit IWF, Weltbank und GATT als unhinterfragten Ausgangspunkt der weltwirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung hin. Die westdeutsche Währungsreform von 1948, das Wirtschaftswunder und das Scheitern der (Keynes zugeschriebenen) antizyklischen Fiskalpolitik wurden zu Eckpfeilern seiner realpolitisch-ökonomischen Vorstellungswelt. Darin ist kein Platz für einen kritischen Blick auf den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes, das in seiner kapitalistischen Gestalt zugleich als Tauschmittel gemeinschaftsbildend und als Mittel zur Ausübung struktureller Macht auch gemeinschaftszerstörend wirkt. Und es ist darin auch kein Platz für eine Kritik an dem Umstand, dass der sog. freie Markt – auch der gemeinsame europäische Markt – sich aufgrund der strukturellen Macht und Konzentrationskraft des Geldes in der Realität zu einem mono- und oligopolistischen Verdrängungswettbewerb statt zu einem gerechten Leistungswettbewerb entwickelt hat. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus und Staatssozialismus fühlt sich Sarrazin in seinem Glauben an die ewige Gültigkeit „ökonomischer Gesetze“ bestätigt: „Im Kern sind sie alle im Gewinnstreben bzw. im Eigennutz des Individuums bzw. jeder zu selbstständigem Handeln befähigten menschlichen Organisationseinheit begründet.“ (33) Dass das in sich widersprüchliche Geld eine Balance von fairem Wettbewerb und Kooperation verhindert und dem eigennützigem Gewinnstreben ein Übergewicht verschafft, sieht Sarrazin nicht. Zinsen rechtfertigt er wie üblich als Lohn für Konsumverzicht und hält einen „grundsätzlich positiven Realzins“ für unerlässlich. (272-273) Die real existierende kapitalistisch verfälschte Marktwirtschaft betrachtet er trotz ihrer Krisenanfälligkeit als die beste aller Welten: „Wirtschafts- und Finanzkrisen sind unaufhebbarer Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung.“ (281) Obendrein fehlt ihm auch jegliche Einsicht für die Verantwortung Europas und Nordamerikas für den Nord-Süd-Gegensatz, in den die Welt in den Jahrhunderten des Kolonialismus und Neokolonialismus geraten ist.

Dennoch ist nicht alles falsch, was Sarrazin in seinem Buch schreibt: „Wie kann es sein“, fragt er mit Recht, „dass der ganze europäische Wiederaufbau seit 1945, der gewaltigste Wohlstandszuwachs der Menschheitsgeschichte und eine der längsten Friedensperioden, die es je in Europa gab, 60 Jahre lang weder eine gemeinsame Währung zur Voraussetzung hatten noch die Notwendigkeit mit sich brachten, für die Staatsschulden anderer Länder aufzukommen? Plötzlich aber sollen Wohlstand und Friede in Europa nur möglich sein, wenn es nicht nur

eine gemeinsame Währung gibt, sondern auch eine gemeinsame Staatskasse, bei der am Ende jedes Land für die Rechnungen aller anderen bürgt?“ (S. 20-21) Die Einführung des Euros vor einer politischen Vereinigung Europas mag tatsächlich überhastet geschehen sein. Aber auch eine politische Union wäre keine Erfolgsgarantie für eine gemeinsame Währung, solange diese Währung nicht nach gerechten Grundsätzen gestaltet wird – man denke nur an die deutsch-deutsche Währungsunion mit dem verfehlten Umtauschkurs von 1 DM : 1 DDR-Mark. Solange das Geld die Gesellschaften spaltet und nicht zu einem ihnen nur noch dienenden Tauschmittel umgestaltet wird, kann keine Gemeinschaftswährung – weder eine innerdeutsche noch eine europäische – richtig funktionieren.

In Sarrazins Buch liegen einzelne bedenkenswerte und zahlreiche problematische Überlegungen nah beieinander. Trotz mancher indiskutabler Passagen sollte es aus zweierlei Gründen mit einem differenzierten Blick wahrgenommen werden: Zum einen gewährt es in seinen autobiografischen Teilen (31-60, 189-191) Einblicke in jene Institutionen in Politik und Wirtschaft, in denen Sarrazin selbst jahrelang als Ökonom tätig war: im Bundesfinanzministerium, als Berliner Finanzsenator, beim IWF und im Direktorium der Deutschen Bundesbank. Zum anderen spiegeln sich in seinen Ansichten auch die allgemeine Bewusstseinslage der Fachwelt, ihr Gefangensein in vorherrschenden Denkweisen, ihr Getriebensein im Dschungel von Sachzwängen, ihr auswegloser Kampf zwischen der Skylla ausufernder Rettungspakete und der Charybdis einer brutalen Sparpolitik. Und ihre beharrliche Weigerung, das Tabu der strukturellen Macht des Geldes in Frage zu stellen, macht es den Fachleuten unmöglich, das ausufernde Wachstum der Anlagen suchenden Geldvermögen als treibende Kraft der Schuldeneskalation zu erkennen. Das führt dann im Extrem auch zu pseudowissenschaftlichen Erklärungen der Eurokrise mit Unterschieden zwischen den „Mentalitäten“ der Menschen in Nord- und Südeuropa (293), die genauso haltlos sind wie frühere Theorien, die das zyklische Auf und Ab der Konjunkturen auf wechselnde Sonnenfleckensaktivitäten zurückführten.

Nicht bestreiten lässt sich indessen, dass es vor der Einführung des Euro in wissenschaftlichen und politischen Fachkreisen eine sehr kontroverse Diskussion über seine Chancen und Risiken gab. Auch innerhalb der Geldreformbewegung gab es dazu unterschiedliche Einstellungen – keine Ressentiments gegen die europäische Idee, wohl aber Zweifel an der ökonomischen Funktionsfähigkeit des Euro. Die häufigen Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien, die Eskalation der Schulden, immer größer werdende Rettungsschirme, zunehmend harte Sparmaßnahmen und die zunehmende Demokratieverne der europäischen Politik können von den einstigen Euro-Gegnern heute als Bestätigung ihrer Warnungen angesehen werden. Unter Berufung auf streitbare Statistiken (91-170) bilanziert Sarrazin nach 10 Jahren Euro: „Es gibt (noch) keinen fassbaren Gegenwert, weder eine Friedens- noch eine Wohlstandsdividende. Fassbar sind bislang nur Kosten und Risiken. ... Die

gemeinsame Währung hat die wirtschaftliche Integration in der Währungsunion behindert, statt sie zu fördern.“ (237,244, 247)

Den Zusammenhang zwischen der globalen Krise des Finanzmarktkapitalismus und der Eurokrise streift Sarrazin nur vordergründig. An einigen Stellen spricht er zwar vom „entfesselten Finanzkapitalismus“, vom „Giftcocktail“ der neoliberalen Deregulierung und von „wilden Geschäftsmodellen“ (173,258,269). Für ihn war die Weltfinanzkrise allerdings nur „Auslöser und Vorläufer – nicht aber Ursache – der Eurokrise.“ (249) Nach den Zeiten des „Übermaßes an Marktvertrauen“ glaubt Sarrazin nun angesichts notwendiger Regulierungen vor einem „Übermaß an Staatsvertrauen“ warnen zu müssen. Als einzige Gegenmaßnahme stellt er sich höhere Eigenkapitalquoten bei Banken von 20 oder 30 Prozent vor. (265,269) Darüber hinaus gehende Maßnahmen wie zum Beispiel die Einführung eines Vollgeldes und einer Tobinsteuer oder von Insolvenzordnungen für überschuldete Staaten kommen in seinem Buch nicht vor. Und überhaupt: Die Frage, ob bei der forcierten Einführung des Euro der politische Traum von einem vereinten Europa vielleicht auch vom Interesse explosionsartig wachsender Geldvermögen an einer räumlichen Ausdehnung des ‚freien Kapitalverkehrs‘ instrumentalisiert worden sein könnte, stellt sich für ihn nicht. Geradezu absurd ist Sarrazins Behauptung, die übereilte Abschaffung der DM zugunsten des Euro sei eine späte Buße Deutschlands für die während der NS-Tyrannie begangenen Verbrechen. (203)

„Was tun?“ könnte man in der aktuellen schier ausweglosen Lage Europas erneut mit Zeus fragen. Der Buchtitel „Europa braucht den Euro nicht“ weckt den Eindruck, dass Sarrazin zur DM und zu den anderen Landeswährungen zurückkehren möchte. Das ist aber überraschenderweise gar nicht sein Ziel. Es wäre – was Sarrazin allerdings nicht sieht – auch nur ein Schritt zurück in die ungerechten Strukturen des rheinischen Kapitalismus, der von vielen immer noch nostalgisch als Soziale Marktwirtschaft verklärt wird. Eine Rückkehr zur DM könnte vielleicht einem von Sarrazin überbetonten „deutschen Interesse“ (15) entgegen kommen, als ein auch selbst hoch verschuldetes Land nicht mehr für die noch höheren Schulden anderer Länder mithaften zu müssen. Nur – trägt Deutschland mit seinen chronischen Exportüberschüssen nicht auch selbst zur Verschuldung anderer Länder bei? Das explosionsartige Wachstum von Vermögen und Schulden würde sich jedenfalls auch bei einer Rückkehr zu einzelnen Landeswährungen fortsetzen. Die Vermögens- und Schuldenspirale würde sich überall weiter in die Höhe schrauben – in Europa dann wie vor der Einführung des Euro wieder in nationaler Fragmentierung und nicht mehr im Ganzen.

Aber das ist es im Widerspruch zum eurofeindlichen Titel seines Buches gar nicht, was Sarrazin anstrebt: „Ein Auseinanderbrechen der Eurozone könnte negative Konsequenzen für die weitere Integration in Europa haben. ... Natürlich kann und soll man nicht einfach aussteigen.“ (237,371) Sarrazin wendet sich auch gegen die Forderung des früheren BDI-Präsidenten Hans Olaf

Henkel, die Eurozone in einen von Deutschland angeführten Nord-Euro und einen von Frankreich geführten Süd-Euro aufzuteilen: „Es wäre ein Fehler, ohne äußerst zwingende Gründe die Währungsunion ausgerechnet an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich wieder aufzutrennen. ... Wir müssen da weiter machen, wo wir heute stehen. ... Wir müssen wieder zu den Urprinzipien des Vertrags von Maastricht zurückkehren.“ (371,387-388,411) Es fragt sich nur, wie das gehen könnte, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass unter den Bedingungen einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und einer inneren Zerklüftung der europäischen Gesellschaften Hoffnungen auf die Erfüllbarkeit von Konvergenzkriterien von vornherein eine Illusion waren und sind.

Ob sich Sarrazin ein Weitermachen mit oder ohne Griechenland vorstellt, lässt er trotz aller Ressentiments gegen die „Mentalität der Südländer“ am Ende offen. Er verweist nur darauf, dass der griechische Staat fast vollständig bei ausländischen Banken, u.a. bei der Commerzbank und der Hypo Real Estate, verschuldet ist (177,196-197), kritisiert aber nicht, dass mit beträchtlichen Anteilen der griechischen Schulden Rüstungsgüter aus Deutschland bezahlt werden und dass mit den Rettungsmilliarden letztlich weniger der griechische Staat als deutsche und andere ausländische Banken gerettet werden. Auch deshalb hatte Günter Grass Recht, als er – ohne Missstände in Griechenland verharmlosen zu wollen – in seinem Gedicht „Europas Schande“ beklagte, dass Griechenland „unter Schrottwert taxiert und als Schuldner nackt an den Pranger gestellt (wird). ... Geistlos verkümmern wirst Du ohne das Land, dessen Geist Dich, Europa, erdachte.“ (Süddeutsche Zeitung vom 26.5.2012)

Es fragt sich, warum Thilo Sarrazin erst so viel Wasser auf die Mühlen eines dumpfen Rechtspopulismus gießt, um am Ende doch noch zu der richtigen Einsicht zu kommen, dass der von Krisen geschüttelte Euro nicht zerbrechen, sondern als Ganzes saniert werden sollte. Zu einem gangbaren Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma des Euro trägt er mit seinem Buch „Wir brauchen den Euro nicht“ jedoch nichts Konstruktives bei. Auch Wissenschaft und Politik werden das Problem mit ihrem Gezerre zwischen härteren Sparmaßnahmen und einer laxeren Schuldenpolitik mit Eurobonds nicht lösen können. Dabei wird die ungelöste Problematik der strukturellen Macht des Geldes und der wachsenden Geldvermögen nur zwischen Gegenwart und Zukunft hin und her geschoben. Um einer weiteren Verschärfung der Krise mitsamt ihren steigenden Wogen des Rechtspopulismus zuvorzukommen, wäre es an der Zeit, das sich selbst beschleunigende Wachstum von Geldvermögen und Schulden in den Griff zu bekommen, was mit einem Einbau von Bremsen nur auf der Schuldenseite nicht gehen wird. Hilfreich könnte hier der Vorschlag der Geldreformbewegung sein, zusätzlich zu höheren Quoten des Eigenkapitals von Banken bzw. zum Vollgeld, geordneten Staatsinsolvenzen, Tobinsteuer und globalem Ressourcenmanagement das gegenüber der Realwirtschaft verselbstständigte Geld mit Hilfe einer Liquiditätsgebühr – Keynes sprach in Anlehnung an

Gesells Freigeld von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ – wieder einzufangen und ihm seine strukturelle Macht über Menschen und Märkte zu nehmen. Als Folge davon könnte sich das innereuropäische Zinsniveau allmählich angleichen. Wenn sich dann mittel- und langfristig die Marktzinsen – und nicht nur die Leitzinsen der Zentralbanken – bei einem Gleichgewichtssatz von Null einpendeln, käme auch das Wachstum der Geldvermögen und mittelbar auch das Wachstum der Schulden zum Erliegen.

Auf dem Weg dorthin wäre in extrem verschuldeten Ländern wie Griechenland auch ein Zwischenschritt in Gestalt eines Parallelwährungssystems denkbar, bei dem diese Länder weiterhin in der Eurozone bleiben und zugleich mit Hilfe einer inländischen Komplementärwährung ihre Binnenkonjunktur wieder in Gang bringen. Übrigens hat schon der antike Philosoph Platon in seinem Werk „Gesetze“ erstmals den Gedanken einer Eisenwährung für den Binnenhandel und einer Edelmetallwährung für den Fernhandel geäußert.

Als Ergänzung zu einer Reform des Euro bedarf es auch einer Neugestaltung der globalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor“-Plan, der ein neutrales Weltgeld „Bancor“ anstelle einer einzelnen nationalen Währung als Leitwährung vorsah und der nicht nur Schuldner-, sondern auch Gläubigerländer unter einen gleichen Druck zum Ausgleich ihrer Import-/Exportbeziehungen setzen wollte. Auf diese Weise könnte eine egalitäre und offene Weltgesellschaft entstehen, in der sowohl Kapitalinteressen als auch wirtschaftliche Not und politische Verfolgung als Auslöser von Wanderungsbewegungen wegfallen. Wenn die Lebenschancen der Menschen weltweit gerecht verteilt werden, bräuchte Europa keine Festung mehr sein. Die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit aller Menschen auf dieser Erde würde dann in erster Linie ihrem wissenschaftlichen und kulturellem Austausch dienen – und ihrem freien Handel mit im Vergleich zu heute weniger Wirtschaftsgütern, deren Produktion sich nicht regionalisieren lässt. Alles in allem ließe sich dann auch die Mobilität im Interesse des Weltklimas auf ein geringeres Maß reduzieren. Bei alledem sollte die Frage nach einer optimalen Struktur des Geldes Vorrang vor der Frage nach der optimalen Größe von Währungsräumen bekommen.

Werner Onken